

Antrag

**der Abgeordneten Carsten Ovens, Karin Prien, André Trepoll, Dennis Thering,
Birgit Stöver, Dennis Gladiator, Jörg Hamann (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Resolution: Der antisemitischen BDS-Bewegung konsequent entgegen-
treten**

Seit über zehn Jahren versucht die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions) den Staat Israel international zu isolieren und ruft in vielen Ländern dieser Welt immer häufiger zu Boykottmaßnahmen auf. Wer unter der Fahne der BDS-Bewegung zum allgemeinen Boykott israelischer Waren und Dienstleistungen aufruft, der spricht heute in der gleichen Sprache, in der man einst die Menschen dazu aufgerufen hat, nicht bei Juden zu kaufen. Das ist plumper Antisemitismus, wie ihn schon die Nationalsozialisten benutzt haben. Mit BDS kommt der Antisemitismus als Antizionismus daher, doch auch in den neuen Kleidern des 21. Jahrhunderts ist Judenfeindlichkeit grundsätzlich zu verurteilen und abzulehnen. Daher müssen alle notwendigen Anstrengungen darauf gerichtet werden, dieser Form des Antisemitismus und der aggressiven Feindlichkeit gegenüber Israel entschieden entgegenzutreten.

In den zurückliegenden Monaten hat sich in verschiedenen Ländern auch deutlicher Widerstand gegen die BDS-Bewegung gezeigt. So haben nationale wie kommunale Parlamente und Verwaltungen, wie zum Beispiel in Großbritannien und Kanada oder in Paris Beschlüsse zur Ablehnung dieser Boykottaktion beschlossen.

I.

Die Bürgerschaft

verurteilt die BDS-Initiative und ihre Aktivitäten als antisemitisch.

II.

Die Bürgerschaft erwartet darüber hinaus vom Senat,

1. sich allen Aktivitäten, die als allgemein israelfeindlich zu bewerten sind, entschieden entgegenzustellen und sicherzustellen, dass auch von den Behörden der Freien und Hansestadt Hamburg in diesem Sinne gehandelt wird.
2. sich weiterhin zu der in Hamburg verwurzelten deutsch-israelischen Freundschaft zu bekennen, Initiativen zur Förderung der bilateralen Beziehungen zwischen Hamburg und Israel zu unterstützen und sich für eine friedliche Lösung des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern einzusetzen.